

Meinungsbildung vor Ort und kommunale Stadtentwicklung



Dr. Peter Kurz

Erinnert sich noch jemand an die morgendlichen Szenen in der U-Bahn oder Straßenbahn, als die Gesichter fast aller Fahrgäste hinter Zeitungen verborgen waren? Das Berliner Grips Theater hat dieser Szenerie im Musical „Linie1“ durch das Lied „Du sitzt mir gegenüber“ ein Denkmal gesetzt. Heute müssen Sie zeitunglesende Menschen im Öffentlichen Nahverkehr wirklich suchen,

dafür sind fast alle in ihr Smartphone vertieft: ein wirklich bemerkenswerter Wandel im öffentlichen Raum, finde ich. Mal ganz davon abgesehen, ob die heutigen Smartphone-Nutzer nun nur die Nachrichten über spiegel-online oder sportschau.de abrufen, die sie früher gedruckt gelesen haben, ob sie ihre WhatsApp-Nachrichten lesen, bei ebay stöbern oder nur den nächsten Busanschluss überprüfen: Eindrucksvoller kann man den Wandel im Medienbereich kaum illustrieren als morgens im Berufsverkehr.

Was hat das nun mit Stadtentwicklung und lokaler Demokratie zu tun? Der Wandel der Medienwelt geht einher mit der Veränderung der kompletten Kommunikationslandschaften, was dazu führt, dass die klassischen Kommunikationsstrukturen, wie Zeitung, Radio, Fernsehen, an Bedeutung verlieren und neue Kommunikationskanäle und Social-Media-Plattformen an ihre Stelle treten. Informationen können durch Teilen und Weiterleiten eine schnelle und unmittelbare Verbreitung finden. Es lassen sich Menschen mobilisieren: für, aber auch gegen Projekte, Planungen oder Personen.

Neben den vielen technischen Neuerungen und Möglichkeiten der Einbringung von Meinungen werden landauf, landab aber auch Risiken des Wandels wahrgenommen und gleichzeitig die Rolle der Medien und der Journalisten kritisch hinterfragt. Wie steht es vor diesem Hintergrund um unsere Demokratie in einer sich stetig verändernden Medienlandschaft? Was verändert Meinungsbildung vor Ort? Welche politischen Botschaften stecken in den Blogs und Posts? Was heißt das für die kommunale Stadtentwicklung? Und überhaupt: Wie steht es eigentlich um den Lokaljournalismus – einem wichtigen Standbein kommunaler Identität und kritischem Begleiter der lokalen Diskussionen und Entscheidungen?

Denn auch wenn die Wahlbeteiligungen bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen etwas anderes suggerieren: Die Demokratie wird am ehesten auf der kommunalen Ebene gelebt. Hier finden die Auseinandersetzungen um die strittigen Themen des Zusammenlebens statt, hier wird Bürgerbeteiligung gefordert und durchgeführt, hier erfahren die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar die Auswirkungen von Politik- und Verwaltungshandeln – und hier wollen sie auch mehr und mehr mitbestimmen. Veränderungen in der Medienlandschaft und der politischen Kultur sowie der zunehmende gesellschaftliche Wandel wirken unmittelbar auf Meinungsbildungsprozesse vor Ort ein, was wiederum Auswirkungen auf das Aushandeln von Lösungen in den Kommunen hat. Vor dem Hintergrund von mehr Partizipation in der Stadtentwicklung also eine „Win-Win-Situation“ für Bürger und Verwaltung?

Die Technik alleine kann es jedenfalls nicht richten, denn wie Martin Emmer ganz treffend in diesem Heft feststellt: „So wie Demokratie kein irgendwann erreichter ‚Zustand‘ ist, sondern eine Praxis, die erkämpft, gelebt und auch aktiv gegen Angriffe verteidigt werden muss, so muss auch die Nutzbarmachung digitaler Technologien zur Stärkung der Teilhabe der Bürger auf lokaler wie auf allgemein politischer Ebene aktiv gestaltet werden.“ Vor dem Hintergrund von „Echokammern“, „Hate-Speech“, „Fake-News“ und „Bots“ ist da noch eine Menge zu tun. Neben den Bürgern selbst sind hier auch Staat, Politik und Wirtschaft gefordert. Um die Herausforderungen meistern zu können, bedürfte es einer kommunalen Kommunikationspolitik und der Etablierung digitaler kommunaler Plattformen, betont Otfried Jarren am Ende seines Beitrags in diesem Heft. Gleichzeitig wird über Verleger der Versuch unternommen, rechtlich die Kommunikationsplattformen der Kommunen wie Amtsblätter und Homepages einzuschränken. Wie also kommunale, für Beteiligung relevante Kommunikation im Sinne einer erweiterten Daseinsvorsorge abgesichert werden soll, ist eine offene Frage.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und
Verbandsratsvorsitzender des vhw